

# ZVR

[Zeitschrift für Verkehrsrecht]

## SONDERHEFT

# VERKEHRSRECHTSTAG 2008

### Themen

Der internationale Verkehrsunfall  
Versicherungsrecht  
Internationale Entwicklungen/  
Reformen im Straßenverkehrsrecht  
Eisenbahnrecht  
Verkehr & Umwelt

Dezember 2008

# 12a

MANZ 



## Beiträge

- 2. ZVR-Verkehrsrechtstag: Tagungsbericht . . . . . 521  
*Von Attila Fenyves, Klaus Gstettenbauer, Herwig Hauenschild, Armin Kaltenecker, Matthias Neumayr, Stefan Perner und Birgit Salamon*
- Auswirkungen des EuGH-Urteils *Odenbreit* auf die internationale Schadensregulierung . . . . . 524  
 In der Rs *Odenbreit* hat der EuGH für Direktklagen gegen die ausländische Haftpflichtversicherung die internationale Zuständigkeit der Gerichte am Wohnsitz des Geschädigten bejaht. Weitgehende Neuerungen in der internationalen Schadensregulierung sind daher zu erwarten.  
*Von Alexander Wittwer*
- Internationaler Verkehrsunfall . . . . . 528  
 Internationale Straßenverkehrsunfälle stellen die überwiegende Mehrheit der Haftungsfälle aus Delikt mit Auslandsbezug dar. Für daraus resultierende außervertragliche Schadenersatzansprüche ist das anwendbare Recht nach dem Haager Straßenverkehrsübereinkommen zu bestimmen. Die Rom II VO ändert daran nichts.  
*Von Claudia Rudolf*
- Die Kfz-Schadensregulierung in Österreich und Deutschland . . . . . 532  
 Die gesetzlichen Normen bezüglich des Ersatzes von Kfz-Sachschäden sind in Deutschland und Österreich fast ident. Das Ausmaß des Ersatzes, das der Geschädigte bei einem von einem Dritten zu vertretenden Schaden erhält, ist jedoch größer als in Österreich. Es zeigt sich, dass es im Schadenersatzrecht in besonderem Maße darauf ankommt, was die (höchstrichterliche) Rsp als voll angemessenen Ausgleich ansieht.  
*Von Christian Huber*
- Direktklage des Geschädigten: Haftung des säumigen Haftpflichtversicherers . . . 538  
 Der Haftpflichtversicherer hat nach Eintritt eines Versicherungsfalles den von seinem Versicherungsnehmer (VN) zu ersetzenden Schaden zu regulieren. Gerät der Versicherer hiemit in Verzug, erleidet der geschädigte Dritte Vermögensnachteile, die zusätzlich zu dessen Primärschaden hinzutreten. Der Beitrag geht der Frage nach, unter welchen Voraussetzungen der Versicherer auch diese weiteren Schäden zu ersetzen hat. Die Ausführungen beschränken sich dabei auf jene Fälle, in denen das Haftpflichtversicherungsrecht dem Geschädigten die Möglichkeit der Direktklage gegen den Versicherer einräumt. Praktisch wichtigstes Beispiel hierfür ist § 26 KHVG. Anlass für den Beitrag ist die jüngst ergangene E 2 Ob 63/06p, in der sich der OGH mit der geschilderten Frage erstmals eingehender auseinandersetzt.  
*Von Daniel Rubin*
- Die Schwarzfahrt als Haftungs- und Deckungsproblem . . . . . 546  
 Schwarzfahrtkonstellationen unterliegen einem komplexen Zusammenspiel haftpflichtrechtlicher und versicherungsvertraglicher Bestimmungen sowie Normen des Verkehrsschutzrechts. Der Beitrag gibt einen Überblick über die maßgebenden Bestimmungen und die einschlägige Judikatur.  
*Von Walter Kath*
- Die Verfolgung und Bestrafung von Verkehrsdelikten mit Auslandsbezug . . . . . 553  
 Trotz der Möglichkeit, Verkehrsstrafen bei Nichtzahlung EU-weit zu vollstrecken, scheidet die Verfolgung ausländischer Verkehrssünder in der Praxis an der Möglichkeit zur Ausforschung des Fahrzeughalters bzw. -lenkers und der Zustellung von behördlichen Schriftstücken.  
*Von Verena Pronebner*
- Das neue Stufenführerschein-System der 3. EU-Führerschein-Richtlinie . . . . . 558  
 Motorisierte Zweiradfahrer scheinen in den jährlichen Unfallstatistiken als eines der negativen Highlights auf. Die 2007 in Kraft getretene und bis Anfang 2011 umzusetzende 3. FS-RL der EU verstärkt den Gedanken des stufenweisen Zugangs zu Krafträdern und verspricht bei konsequenter Umsetzung Verbesserungspotential für Motorrad- und Mopedlenker.  
*Von Martin Vergeiner und Martin Winkelbauer*
- Erwerb einer Fahrerlaubnis im Ausland nach vorheriger Entziehung der deutschen Fahrerlaubnis . . . . . 564  
 Der Beitrag gibt einen Überblick zur Entwicklung der Rsp in Deutschland und zu den Auswirkungen der bisherigen EuGH-Rsp auf die Verwaltungspraxis. Ein Ausblick auf die Dritte Führerschein-RL zeigt die dennoch offenen Fragen zum Thema „Führerscheintourismus“ aus deutscher Sicht auf.  
*Von Michael Ludovisy*

- Die Zulassung von Schienenfahrzeugen nach dem EisbG . . . . . 570  
 Durch die EisbG-Nov BGBl I 2006/125 wurde die Zulassung von Schienenfahrzeugen neu geregelt. Der Beitrag behandelt dieses für die Liberalisierung der Schienenverkehrsmärkte wichtige Thema im Lichte der einschlägigen gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben.  
*Von Christian F. Schneider*
- Transeuropäische Eisenbahnnetze und österreichische Eisenbahnhochleistungsstrecken. . . . . 577  
 Der Ausbau des Verkehrsmittels Eisenbahn in den letzten Jahren iVm dem Zusammenrücken der europäischen Staaten in der EG bzw EU hat zu großen Veränderungen geführt: zum einen im Bereich der Erbringung von Verkehrsleistungen, der von einem Zug zu mehr Wettbewerb gekennzeichnet ist; aber auch im Bereich der Infrastruktur, die für die neuen Herausforderungen ertüchtigt und ausgebaut bzw überhaupt neu errichtet wird. Auch letzteres hat zu vielfältigen Aktivitäten der Gesetzgeber geführt, va auch in der Frage, welche Eisenbahnen (als konkrete Betriebsanlage) ausgebaut bzw neu gebaut werden sollen. Dies erfolgte etwa dadurch, dass bestimmte Eisenbahnen zu Hochleistungsstrecken (nach österr HLG) erklärt wurden bzw auf europäischer Ebene in die planliche Darstellung der TEN (Hochgeschwindigkeitsbahnnetz bzw konventionelles Eisenbahnnetz) nach Art 155 EGV aufgenommen wurden.  
*Von Klaus Zeleny*
- Die EG-Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr und das österreichische Eisenbahnbeförderungsrecht . . . . . 583  
 Der Beitrag gibt einen Überblick über die EG-VO 1371/2007 betr das Rechtsverhältnis zwischen Eisenbahnunternehmen und Fahrgästen, legt dabei unklare Fragen und diesbezüglich mögliche Sichtweisen offen und weist insb auf Bereiche hin, in denen ein Anpassungsbedarf durch den österr Gesetzgeber besteht.  
*Von Gerhard Muzak*
- Ökologische Aspekte im geltenden Verkehrsrecht . . . . . 588  
 Nachhaltigkeit bzw Umweltverträglichkeit waren zur Jahrtausendwende noch kein prägendes Prinzip im österr Verkehrsrecht und sind es auch heute noch nicht, obwohl sich – unterschiedlich effektive – ökologische Aspekte mehren. Trotz guter Ansätze besteht noch ein großes Potential. Eine weitere Ökologisierung des österr Verkehrsrechts ist unbedingt nötig.  
*Von Ferdinand Kerschner und Rainer Weiß*
- Öffentlich-rechtliche Verkehrsbeschränkungen . . . . . 594  
 Im Spannungsfeld von Grundrechten wie der Erwerbsfreiheit, der Eigentumsfreiheit und des Gleichheitssatzes auf der einen und von umwelt- und sicherheitspolitischen Interessen auf der anderen Seite bewegt sich der Gesetzgeber bei der Normierung von Verkehrsbeschränkungen. Von entsprechender Bedeutung ist eine wohlüberlegte Interessenabwägung.  
*Von Peter Abmayer*
- Zentrale Optimierungspotenziale im UVP-Genehmigungsregime für Bundesstraßen . . . . . 598  
 Mit der UVP-G-Nov 2004 hat im Genehmigungsregime für hochrangige Straßen ein Paradigmenwechsel – nämlich die Ablösung des früheren Ordnungs- durch ein Bescheidregime – stattgefunden. Mittlerweile werden die ersten UVP-Verfahren für hochrangige Straßen nach dem neuen Bescheidregime des dritten Abschnitts des UVP-G geführt und wurden teilweise bereits abgeschlossen. Dabei haben sich erste gesetzliche Nachteile gegenüber dem „vollkonzentrierten“ zweiten Abschnitt des UVP-G gezeigt bzw fachliche und rechtliche Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben, welche die ASFINAG als Projektwerberin immer wieder vor neue Herausforderungen bei einer möglichst effizienten und umweltfreundlichen Projektrealisierung stellen. Der Beitrag stellt einige dieser Herausforderungen dar und zeigt Optimierungspotenziale auf.  
*Von Florian Kubin*
- Paneldiskussion zum Thema: Mobilität & Umweltschutz . . . . . 602  
*Von Herwig Hauenschild*
- Impressum . . . . . 517